

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutsch-Bundner)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 76

Berlin, Sonnabend, 21. September 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Durchführung des Antrags Fleisch. — Eine Mittelstandsfrage. — Die englische Regierung und die Arbeiterpartei. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Durchführung des Antrags Fleisch.

Für den Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, der Anfang Oktober in Mannheim stattfindet, haben die Abgeordneten Dr. Fleisch und Ullrich, wie von uns mehrfach erwähnt, einen Antrag eingebracht, der die Volkspartei auffordert, die von Dr. Fleisch zur Reform des Arbeitsrechts aufgestellten Thesen im Prinzip in das Parteiprogramm aufzunehmen. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Wolthoff, der in dieser Angelegenheit von jeder Seite von Dr. Fleisch gekannt hat, hat nun in der letzten Nummer der „Silber“ noch einmal das Wort ergriffen und klargelegt, worauf es eigentlich ankommt. Mit Recht weist er darauf hin, daß es sich um gar nichts Grundtätiges Neues handelt, sondern nur um einen internatinalen Ausnahmefall des Bestehenden, um eine Fortführung des Bestehenden. Seine Schlussfolgerungen lauten er wie folgt zusammen.

1. Das Arbeitsverhältnis ist für die Massen der Besitzlosen die einzige gesetzliche Möglichkeit zur Erlangung des Unterhaltes. Es muß also dafür gesorgt werden, daß jeder arbeiten kann (Arbeitsvermittlung, Schutz gegen schwarze Listen, Beseitigung der Konkurrenzklause usw.), und daß mit dem Aufhören der Arbeit nicht der Unterhalt aufhört (Krankentage, Unfall-, Invalidenversicherung, Arbeitslosenfürsorge).
2. Der vertragsmäßige Arbeitslohn nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse des Arbeiters. Er muß ergänzt werden durch öffentliche Einrichtungen, die den besonderen Aufwand des Familienunterhalts erleichtern (unentgeltliche Schule, Krankenpflege, Säuglingsfürsorge, Spielplätze, Mutterchaftsversicherung, Hinterbliebenenversicherung, Steuererleichterung usw. usw.).
3. Der stets fündbare Arbeitsvertrag ist ein Anreiz zu unrationeller Verwertung der Arbeitskraft, zu übermäßiger, alljährlicher Abnutzung des Angeheften. Daher muß einem „Arbeitsvertrag“ vorgebeugt werden durch Arbeiterzuschüsse (Nachruhe, Sonntagsruhe, Nacharbeitstop, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit usw.).
4. Um die Entwicklung aller Bürger zu fördern, bedarf es öffentlicher Maßnahmen zur Förderung des Wohnens, des Gesundheits, der Bildung usw. Um die Anteilnahme aller Bürger an der Gesetzgebung und Verwaltung zu ermöglichen, muß das Wahlrecht überall gleich und gleich das Ehrenamt befristet, die Verbindung an der Hebernahme oder Ausübung eines Amtes wirksam gebündelt sein.
Mit diesem letzten Satze kommen wir an das schwierigste Problem. Denn das bisher Angebeutete entspricht durchaus unserer Gesetzgebung, und es wird in der Fortschrittspartei keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß auf allen diesen Gebieten unsere Sozialpolitik energisch fortgeführt werden muß. Die Forderung einer Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltsverhältnis in ein Rechtsverhältnis“ erlangt ihre Hauptbedeutung auf zwei anderen Gebieten.
5. Der politische Hauptfehler des Arbeitsverhältnisses im Großbetriebe besteht darin, daß die Herrschaft des Betriebsleiters über den Arbeiter sich nicht auf den Betrieb beschränkt. Kraft wirtschaftlicher Hebermacht greifen die Unternehmer auch in das übrige Leben der Angeheften ein, befehlen und überlassen ihnen die Bürgerrechte (Wahlrecht, Koalitionsfreiheit), hauptsächlich durch die Androhung einer Entziehung der Grundstücke des Lebensunterhaltes (Mündigkeit). Schuld daran ist weniger in Strafrechtlichen als in zivilrechtlichen gegen die zu übenden Arbeitnehmer angewandt werden), als in einer Beschränkung der freien Kündigung. Diese ist bei allen öffentlichen

Beamten längst selbstverständliche Regel, aber auch bei Privatanstellungen schon eingeführt. Das neueste preussische und sächsische Gesetz bestimmt, daß den Sicherheitsmännern (Grubenkontrollleuten) während der Dauer ihres Amtes nur aus bestimmten, gesetzlich festgelegten Gründen gekündigt werden kann. Jeder Kündigungsfall kann der gerichtlichen Prüfung unterworfen werden durch Schadenersatzklage. Das muß verallgemeinert werden, wie die Fortschrittspartei es leider vergeblich bei den Versicherungsgeheimen versucht hat. Wer auf Grund des Gesetzes ein öffentliches Amt zu versehen hat (das sich mit seinen Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis verhält), dem darf nicht durch unbegründete Kündigung die Ausübung unmöglich gemacht werden. Ferner schreibt die Reichsverordnung vor, daß den Krankenkassenbeamten gegenüber politische Betätigung, Ausübung der Bürgerrechte nicht Grund zur Entlassung sein darf. Auch das sollte verallgemeinert werden. Da unsere soziale Gesetzgebung Gelegenheits- und Sozialgesetzgebung ist, so wird nichts übrigbleiben, als allmählich einen entsprechenden Paragraphen in die verschiedenen Gesetzgebungen einzufügen (Versicherungsgeheim, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Arbeitskammern, Gewerkschaften usw.). Wenn wir eine gute soziale Rechtsprechung hätten, bräuchten wir gar keinen Paragraphen, sondern es würde der Schlichtungsparagraf des BGB genügen, der die Ausübung eines formellen Rechtes verbietet, wenn sie nicht ein berechtigtes Interesse wahrt. Und die Verletzung des Bürgerrechts“ ist hier kein vom Gesetz angeerkennendes Interesse gegenüber dem „Arbeiter“. Eine schärfere Fassung dieses § 122 BGB wäre auch der einfachste Weg zur Erzielung einer Rechtsprechung, welche Kündigungen ohne sachlichen Grund hindert.

6. Auf diese Weise haben wir in den Anfang einer rechtlichen Regelung des Arbeitslohnes bekommen. Der § 133 BGB, der Wuchererstrafe für ungünstig erklärt, ist von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auch auf die wucherische Ausbeutung der Arbeitskraft angewandt. Verträge mit allen kranken Schuldschleichen sind zerrissen, den Angeheften ist ein „angenehmer“ Lohn zugesprochen worden. Wenn auch der Wucherparagraf des Strafgesetzbuches auf solche Fälle angewandt würde, so könnte man, namentlich in der Hausindustrie, ein Stück vorankommen. Die bevorstehende Reform des BGB gibt eine Gelegenheit zu schärferer Fassung der Bestimmung, so daß sie angewandt werden muß.

Da Gewerkschaft, Aenderungsgesetz, Kultur des Volkes in erster Linie mit dem Arbeitslohn abhängt, entspricht der Gedanke eines direkten sozialen Eingreifens in die Lohnsetzung eine wohl sozial-liberaler Anschauung. Die Beratungen des Staatsrats im vorigen Jahre haben gezeigt, daß in dieser Frage (Lohnämter) die Fortschrittspartei noch geteilter Meinung ist. Aber darüber wird Einigkeit bestehen, daß möglichst gute Einrichtungen geschaffen werden sollten, um eine angemessene Lohnsetzung zu erleichtern (Arbeitskammern, Arbeiterausstände, Tarifverträge, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine usw.).

7. Diese Einrichtungen dienen zugleich zur Vermeidung von Arbeitskampfen. Es ist auf die Dauer nicht möglich, daß unser Recht den Kriegszustand duldet, der heute unter Wirtschaftslieben herrscht, daß die beiden Parteien mit Streit und Ausspernung sich bekämpfen und dabei dem Wirtschaftsleben schwere Schäden zufügen und Sicherheit und Gesundheit weiter Kreise gefährden. Zur Beseitigung dieses „Gewaltsverhältnisses“ dient nicht, daß der Staat sich auch als Mittelschlichter einmischt, sondern stets gegen die Arbeiterpartei ergriffen, oder gegen Arbeiterkategorien einseitig die Kampfmittel bei Strafe des Gesetzes oder der Proklosmadung verbietet (Eisenbahn), sondern er muß auch hier den Rechtskampf in einen Rechtsstreit verwandeln, indem er unparteiische Instanzen für die Beilegung (wenn sie nicht gelangt) für die Entscheidung der Streitigkeiten schafft. Die für das Ausland und eine Reihe von Vorbildern gegeben; auch Fleisch hat einen Vorlauf dafür veröffentlicht. Wir haben in Deutschland Instanzen dazu in der Anrufung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Einigungsämter. Die Arbeitskammern könnten uns hier einen Schritt vorwärts-

bringen, indem sie diejenige Vorschrift gäben, die bisher fehlt: den Zwang zur Anrufung einer unparteiischen Instanz. Ob man dabei nach kanonischem Muster den Kampf bei Nichtanerkennung des Spruches der Staatsinstanz freiläßt, oder ob man nach australischem Vorbilde den Schiedsgerichten bindende Kraft verleiht, ist eine Frage zweiten Ranges. Worauf es ankommt, ist die Umwandlung des Wirtschaftskampfes um die Arbeitsbedingungen in ein Rechtsverfahren.

Offentlich bezeugt die Mehrheit des Mannheimer Parteitages soziales Verständnis genug, daß sie diese Forderungen als berechtigt anerkennt und sich zur Mithilfe bei ihrer Durchsetzung bereit erklärt. Wie aus den Tageszeitungen zu ersehen ist, nimmt auch eine ganze Anzahl von Gewerkschaften Kollegen an dem Parteitage teil. Ihre Aufgabe wird es sein, vom Standpunkte der Arbeiterchaft die Anträge von Dr. Fleisch zu unterstützen.

Eine Mittelstandsfrage.

Wo über die schlechte Lage des alten Mittelstandes geklagt wird, da pflegt man als Beispiel auf die ungünstigen Verhältnisse des Kleinhandels hinzuweisen. Von der Gesetzgebung werden einschneidende Maßnahmen zu seiner Kräftigung verlangt, und da man dem Wettbewerb der Großgeschäfte in Kleinhandelswaren die meiste Schuld an der ungelunden wirtschaftlichen Lage des Kleinhandels zumißt, so sucht man diesen Wettbewerb so viel als möglich zu erschweren. Die Feindschaft vieler Mittelstandspolitiker gegen Konsumvereine und Warenhäuser ist bekannt; es braucht hier auch nicht auf die Bestrebungen hingewiesen zu werden, durch die verschiedenartigsten Sondersteuern Konsumvereine und Großgeschäfte zu belasten und ihnen das Dasein zu erschweren. Man ist heute allgemein über die Wirkung dieser Bestrebungen soweit unterrichtet, daß man an ihrer Erfolglosigkeit kaum noch zweifeln kann. Ueberall wo man Umsatzsteuern und Warenhaussteuern einführt, haben sich Konsumvereine, Warenhäuser und überhaupt die Großgeschäfte, dem wirtschaftlichen Zwange und Entwicklungsdränge der Zeit folgend, trotzdem nicht nur behauptet, sondern sich meistens auch vergrößert. Jedenfalls hat der Kleinhandel von allen Maßnahmen gegen seine genossenschaftlichen oder großkapitalistischen Wettbewerber keinen Vorteil gehabt.

Im Grunde ist dessen üble Lage auch auf andere Verhältnisse zurückzuführen. Bei der starken Bevölkerungszunahme — Deutschland hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von etwa 900 000 Köpfen — und bei der sehr erheblichen Steigerung der Lebenshaltung breiter Bevölkerungsschichten würde ein nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen betriebener Kleinhandel noch immer sein gutes Auskommen finden, wenn er sich in verständigen wirtschaftlichen Grenzen gehalten hätte. Aber die Zahlen reden in dieser Beziehung eine sehr überraschende Sprache, die man jedoch augenscheinlich in gewissen Mittelstandskreisen nicht verstehen will, in denen man noch immer Konsumvereine und Großgeschäfte als die am Niedergang des Kleinhandels hauptsächlich Schuldigen anklagt. Der wichtigste Grund jener üblen Lage vieler Kleinhandlärer ist jedoch die ganz außerordentliche Ueberflutung dieses Berufs. Wer einen Blick in die Gewerbestatistik wirft, der wird die schlechte Lage dieser Mittelstandskategorie bezeichnend finden. Nach den Gewerbezahlungen von 1882, 1895 und 1907 haben sich die Hauptbetriebe im Warenhandel von 351 738 auf 528 885 und 709 231 vermehrt; also um 70,3 und 31,1 Proz. Um besonderen haben in der letzten Periode der Warenhandel um 126,3, der Drogeriehandel um 180 und der Kolonial-

warenhandel um 62,8 Proz. zugenommen, in der gleichen Zeit erhöhte sich jedoch die Bevölkerung nur um 19,4 Proz. Man hat berechnet, daß in Deutschland bei der steigenden Zunahme der Verbraucher jährlich etwa 7000 neue Kleinhandels-geschäfte mit einem durchschnittlichen Umsatz von 40 000 Mk. gegründet werden können; tatsächlich entstanden sind jedoch seit 1882 in jedem Jahre etwa 13 500 derartige Geschäfte. Es werden also in jedem Jahre bei uns fast doppelt so viel Kleinhandels-geschäfte in das Leben gerufen, wie nach unseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen selbst bei bestehenden Ansprüchen bestehen können. Bei dieser Ueberfüllung nehmen sich die einzelnen Geschäfte die Lebensluft und ziehen sich im gegen- seitigen Wettbewerb den gelunden Boden unter den Füßen weg.

Der Kleinhandel bildet schon längst das große Sammelbecken für zahllose oft wirtschaftlich sehr schwache, aber nach einem leichten Erwerb suchende Personen der verschiedensten Volksschichten. Es ist aber vollständig falsch, den Beruf des Klein- händlers als einen leichten anzusehen. Es erfordert nicht nur eine unablässige, oft bereits in den frühesten Morgenstunden beginnende persönliche Tätigkeit, sondern auch eine umfangreiche Waren- kenntnis und genügendes Betriebskapital. Viel- fach ist von diesen drei Erfordernissen nicht eines vorhanden. Im Kleinhandel gibt es heute zahl- reiche männliche und weibliche Geschäftsinhaber, die vom kaufmännischen Berufe keine Ahnung haben, denen alle Vorkenntnisse für den von ihnen er- griffenen Beruf fehlen, die weder von Buchführung etwas verstehen, noch einen richtigen Geschäftsbrief schreiben können und natürlich auch von Waren- kunde und guten Einkaufsquellen nichts wissen. Wer die Verhältnisse beobachtet, der sieht oft, daß ein Kleinhandels-geschäft erst als Nebenberuf ge- gründet und von der Frau betrieben wird. Geht der Handel leiblich, dann verliert sehr häufig der Mann bald das Recht zur Arbeit. Er vernach- lässigt seinen wirklichen Beruf, und bald ist aus einem früher arbeits-tüchtigen Handwerker oder Ar- beiter ein armerlicher Kleinhändler im Hauptberuf geworden. So wandeln sich in jedem Jahre unge- zählte Handwerker, „bessere“ Arbeiter, Haus- diener, Markthelfer, Bierausgeber, überhaupt An- gehörige der verschiedenen Berufe und Volksschichten zu „Kaufleuten“ um, ohne daß die Bedingungen für diesen Wechsel des Erwerbs ihnen günstig sind. Auch viele berufslose Frauen, Witwen, Ehever- lassene usw. gründen auf Geheiß oder Verberb neue Ladengeschäfte.

Alle diese Leute haben meistens wenig zu ver- lieren. Geht der Handel nicht, so helfen sie sich doch eine Zeitlang auf Kosten der Lieferanten durch. Bringt ein Geschäft zusammen, so tut sich bald in der Nähe ein anderes auf. Hoffnung läßt nicht zu Schaden werden! Es ist unglücklich, wie hoff- nungslos viele Menschen, die nichts zu ver- lieren haben, auf Kosten ihrer Kreditgeber sind. So kann man in manchen Großstädtevierteln beob- achten, wie die Geschäfte kommen und gehen. Kaum ist ein Laden geschlossen, so wird ein anderer wieder aufgemacht. Manche Geschäfte wechseln in jedem Jahre einige Male ihren Besitzer; denn so übel es manchen Kleinhändlern ergeht, so schwunghaft hat sich in den Großstädten der Handel mit Klein- handels-geschäften, namentlich der Lebensmittel- branche, entwickelt. Es gibt selbst Leute, die der- artige Geschäfte zu dem von vornherein still- schweigend ins Auge gefaßten Zweck gründen, sie alsbald mit gutem Gewinn wieder zu verkaufen. Sie mieten in „zukunftsreicher“ Lage ein Lädchen, stellen es mit Waren aus und der Verkauf beginnt. Ein neuer Laden lockt manchen Neugierigen der Nachbarhaft zunächst an, auch wissen sie den Zu- gang künstlich zu steigern. So geht das Geschäft ansehnend ganz gut. Dann wird der Geschäfts- inhaber plötzlich krank, oder er ist gezwungen, etwas anderes zu übernehmen; er findet plausible Gründe genug, das angeblich blühende Geschäft wieder zu verkaufen und große Summen für die Zukunft in seinem Opfer zu erwecken, das es natür- lich teuer bezahlen muß. Noch während die Ver- handlungen mit dem vertrauensseligen Käufer schweben, wird in einem anderen Stadtteil von dem gleichen Geschäftsmann ein anderer Laden ein- gerichtet, mit dem dann bald das Spiel von neuem beginnt. Uns wird verichert, daß diese Methode, Geschäfte zum Wiederverkauf zu gründen, für fruchtlose Leute ganz einträglich sein soll.

Natürlich macht dieser starke Zuzug aus allen Winkeln unseres Volkes dem wirklichen Kaufmann das Leben schwer. Er mag noch so tüchtig und fleißig sein, dieser durch seine Beionnenheit ge- zügelte, unablässig steigende Wettbewerb muß auf seine wirtschaftliche Lage drücken. Es ist schwer, ein Mittel dagegen zu finden. Zunächst ist auch

hier an Selbsthilfe zu denken. Eine tüchtige kaufmännische Durchbildung, besonnene Geschäfts- gründung und -führung wird auch nicht ohne Er- folg bleiben. Es ist zu begrüßen, daß der genossen- schaftliche Gedanke auch in den Kreisen tüchtiger Kaufleute durch Beteiligung an Einkaufs- und anderen Vereinen immer mehr Anhänger findet. Nötig ist es, daß für Aufklärung über die wirt- schaftliche schwierige Lage des Kleinhandels ge- nügend gesorgt wird, damit Unerfahrene und Un- tüchtige von der Gründung neuer Geschäfte, so viel es möglich ist, abgehalten werden; auch etwasmal un- lauterer Wettbewerb ist mit den gesetzlichen Mitteln entgegen zu treten. Nicht ganz schuldlos an der Lage des Kleinhandels ist auch unsere Zollsteu- ergebung. Sie verdrängt und bedrängt nicht nur den Warenverbrauch, sondern durch die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung treibt sie auch viel- fach zur Ergründung eines Nebenberufs. Als- loder wird oft ein Laden eröffnet, erst als Neben- erwerb, dann als Hauptberuf. So wird der Klein- handel durch jede Verteuerung der Lebenshaltung doppelt geschlagen.

Die englische Regierung und die Arbeiterpartei.

Die Vorgänge am dem Trade Unions Kongreß in Newport, die Wahl in Millthorpe, wo die An- stellung eines besonderen Arbeiterkandidaten den Sieg des Konservativen herbeiführte, und andere Vorgänge haben in den letzten Tagen die Aufmerk- samkeit politisch interessierter Kreise der Frage zu- gewandt, wie sich die liberale Regierung und die Arbeiterpartei in Zukunft zu einander stellen wer- den. Beide sind aufeinander angewiesen. Ein Zu- rückziehen der Arbeiterpartei von der Regierung- funktion oder auch nur Stimmhaltung der Ar- beiterabgeordneten muß die Regierung zu Fall bringen, wenn die Arbeiterpartei weiß, daß, wenn sie nur einen Teil ihrer Wünsche von den Liberalen erfüllt erhält, sie von den Konservativen, mit Aus- nahme der Wohnungsreform fast gar nichts bekom- men wird. In Newport sagte Mr. Ramsay Mac- donald zwar, die Arbeiterpartei sei und bleibe eine unabhängige Partei, aber die Frage ist, ob dies überhaupt möglich ist, wenn die Partei für die Ar- beiter wichtige Reformen erlangen will. Die Ar- beiter glauben, ihr Erfolg bei den Wahlen von 1906 sei ihren Parteiforderungen zuzuschreiben. Aber sie vergessen dabei, daß die Liberalen aus wahl- taktischen Gründen ihnen in 28 von 50 Wahlkreisen keinen Kandidaten entgegenstellten. Wäre dies ge- schehen, so hätten die fortwährenden Kräfte zer- splittert werden müssen und der Konservativismus hätte gesiegt. Trotz dieses liberalen Zugewinnes kamen 1906 nur 29 Arbeiterpartei durch. Die Arbeiterpartei wurde 1909 durch die Bergarbeiter verjährt. Dadurch wurde die Zahl der Abgeord- neten zwar erhöht, aber auch nur durch die Wahlhilfe der Liberalen, denn von den 78 Kandidaten kamen 40 ins Parlament und nicht einer derselben hatte gegen liberale Kandidaten zu kämpfen. Wo Libe- rale gegen Arbeiter im Wahlkampfe standen, siegte entweder der Liberale oder der Konservativ. Nach- dem die Arbeiterpartei sich jetzt entschieden hat, gegen liberale Kandidaten aufzutreten, werden jedenfalls auch die Liberalen gegen Arbeiterpartei- ler kämpfen mit dem Resultate, daß die Konservati- ven die lachenden Dritten sind. Die Kraft der Arbeiterpartei im Lande ist zugegebenerweise viel schwächer, als dies nach der Zahl der Abgeord- neten den Anschein hat, und die neuerliche Entwic- lung der Dinge geht nach weiterer Schwächung hin. Die Streikbewegungen werden immer mehr und mehr syndikalistisch und die Massen zu anti- politischen Ideen erzo-gen.

Es ist schwer zu sagen, wie die Parteiführer unter diesen Umständen auf die völlige Unab- hängigmachung der Partei von den Liberalen hin- arbeiten können. Sie können nichts anderes her- beiführen als eine Weichenlenkung des Unterganges der liberalen Regierung. Und wenn dies vollbracht ist, können sie schließlich auch nichts anderes tun, als sich mit den Liberalen in der Opposition gegen die Konservativen zusammenzufinden. Die inneren Gegensätze in der liberalen Partei machen sich aber auch von Tag zu Tag mehr fühlbar, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß nach dem Zusam- menbruch der jetzigen Majorität die fortgeschritte- nen Liberalen unter der Führung von Mr. Lloyd George, Boninby und anderen sich von Mr. As- quith, Sir Edward Grey, Winston Churchill usw. formal trennen und eine besondere radikale Partei gründen. Seit Monaten wird schon in der radi- kalen Presse die Empörung geäußert. Die neue Gruppe würde sich in ihren Zielen aber kaum von der Arbeiterpartei unterscheiden, und die So-

zialisten in dieser Partei hoffen, daß es möglich sein wird, eine große radikal-sozialistische Partei zu gründen unter der Führung von Lloyd George und Peir Hard. Dies ist das Wahrscheinliche, denn mit der Abnahme der arbeiterteilichen Wähler- stimmen wird die Labour Party trotz aller Unab- hängigkeitsproklamationen doch wieder Anstich- nach rechts suchen müssen.

S. W. London.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 20. September 1912.

Die Zentralrats-sitzung am Mittwoch erlebte zunächst einige wichtige interne Anzeleihen und nahm sodann ein kurzes Referat des Ver- bandsredakteurs Kollegen Lewin über die Fleis- chsteuerung entgegen. Redner begründete folgende Resolution, die einstimmige Annahme fand:

Schon seit Jahren leidet die Bevölkerung des Deutschen Reiches unter einer Teuerung der Lebens- mittel, die eine hohe und berechtigte Unzufriedenheit auslösen mußte. In diesem Jahre haben die Teue- rungsverhältnisse, namentlich soweit die Preise für Fleisch in Betracht kommen, einen Grad erreicht, daß die Behörden unmöglich diesen Zustand länger untag ansehen dürfen. Die arbeitende Bevölkerung ist nicht mehr imstande sich ausreichend zu ernähren. Die Volksgesundheit muß also harten Schaden erleiden. Aber auch die deutsche Volkswirtschaft wird schwer durch die Teuerung beeinträchtigt, da sie nur dann ihre Leistungsfähigkeit auf dem Weltmarkt im Wettbewerb mit den anderen Nationen behaupten kann, wenn die Industrie über eine leistungsfähige, d. h. vor allen Dingen guternährte Arbeiterkraft verfügt.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (D. D.) ist der Anschauung, daß die Teuerung zurück- zuführen ist auf unsere Wirtschaftspolitik. Er ver- langt deshalb von der Reichsregierung schlu- schnittige Maßnahmen, die dem unerträglichen Notstand abzuhelfen geeignet sind. Dazu rechnet er insbe- sondere:

1. Öffnung der Grenzen für Schlach- tvieh unter Beachtung der für die Gesundheit der Bevölkerung unbedingt erforderlichen sanitären Schutzvorschriften.
2. Erleichterung der Einfuhr von ge- frorenem und gekühltem Fleisch.
3. Aufhebung der Futtermittelzölle.
4. Ermäßigung der Tarife für Vieh und Futtermittel.
5. Allmählichen Abbau der Zölle auf Getreide.

Ferner erwartet der Zentralrat von den deutschen Gemeindeverwaltungen, daß sie in erhöh- tem Maße durch den Bezug und Verkauf von Ge- sunden und fleisch der Bevölkerung Nahrungsmittel zu billigeren Preisen zu beschaffen sich bemühen, und daß die einzelnen Ortsverbände mit darauf ab- zielenden Eingaben an die Kommunen herantreten.

Die Mitglieder der Gewerksvereine werden aufgefordert, in ihren politischen Organi- sationen dahin zu wirken, daß von ihnen ebenfalls energische Schritte in der Richtung der oben aufgestell- ten Forderungen getan werden.

Der erste Teil soll dem Bundesrat und Reichs- kanzler zugeandt werden.

Weitere Kundgebungen gegen die Fleischsteu- erung liegen vor vom Hauptvorstand des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der in seiner letzten Sitzung ebenfalls in einer Resolution Stellung an- genommen hat, ferner Verammlungsberichte und Resolutionen aus den Ortsverbänden Ober- hauen (Rhd.) und Stuttgart-Gann- stadt.

Unser Gewerksverein der Bäcker und Konditoren ist wieder einmal der Gegenstand gebläufiger An- griffe seitens des „freien“ Bäckerverbandes. Die Nachzeitung der Bäcker-Zunungen Groß-Berlins hat vor kurzem einen Artikel aus dem Organ unseres Gewerksvereins der Bäcker und Konditoren abgedruckt. Deshalb wird unser Gewerksverein mit dem gelben Bäckerbund auf eine Stufe gestellt und mit allerlei Lebenswürdigkeiten bedacht. Wir ver- zichten darauf, dem „freien“ Organ in dem von ihm angeklagten Tone zu antworten. Wozu sollen wir die Klüft zwischen den Arbeiterorganisationen noch mehr vergrößern und damit den Indifferenten- mus der Unorganisierten noch verstärken? Wir be- gnügen uns mit der Feststellung, daß die Ban- wertreibungen des Gewerksvereins der Bäcker und Konditoren gerichtet sind auf die Erlangung der sechs-tägigen Arbeitswoche, einer Arbeitswoche von 60 Stunden einschließlich der Feiertage, und solange ein gesetzliches Verbot für das ganze Reich noch nicht existiert, halten wir nach wie vor am Währungsrecht fest. Die Hauptfrage ist also für uns eine gesetzliche und nicht Zu- stände, wie sie in einzelnen Bezirken bestehen, wo die Bewilligungen des Verbandes gelten.

Die beste Antwort auf die Anrempelung aber ist eine eifrige Agitation für unsere Sache. Deshalb, Kollegen in den Ortsverbänden, heißt uns in unsern Bestrebungen, führt uns mit Witterung zu und stärkt die Reihen unserer Ortsvereine! Uns ist jeder Kollege herzlich willkommen, der es ehrlich meint und mit uns für eine Besserstellung in unserm Berufe kämpfen will, in erster Linie für einen gesetzlichen Rubetag im Bäder- und Konditorgewerbe. Alles erforderliche Material zur Gründung von Ortsvereinen sowie zur Aufnahme von neuen Mitgliedern wird gern verschickt von dem Hauptschriftführer Kollegen Otto Rudolph, Reinickendorf-Df., Seestraße 3.

Arbeiterbewegung. Von dem Kampfbote im Berliner Nachdruckergewerbe sind neue Mitteilungen nicht zu machen. Die Bewegung nimmt ihren Fortgang. — Seit einiger Zeit stehen in den Unterwerkstätten die Tischler im Streik. Es handelt sich in der Saurbrüche um eine Vertiefung der Arbeitszeit, gegen die sich die Unternehmer mit aller Energie kräftigen. — Wegen Abrechnung ihrer Lohnforderungen streifen seit einiger Zeit in Gesehmsünde die Holzplazarbeiter. Die Unternehmer sind bemüht, Arbeitswillige heranzuloden. Die Erfahrungen aber, die sie bisher gemacht haben, sind sehr ungünstig.

Theaterdonner. Wenn man jetzt in der sozialdemokratischen Presse die Berichte über ihren Bartheilast liest, wird man förmlich bezaubert von dem Phrasenidyll, der dort aufgewandt wird. Das ist notwendig, um auch unter den „Genossen“ im Lande die nötige Begeisterung wachzurufen. In Wirklichkeit spielen sich ja die Dinge alle viel nüchterner ab. Man braucht da auch nur an die Berichte der sozialdemokratischen Presse über die Raiffeiser zu denken. Was wird da nicht alles geschrieben von der allfährlich wachsenden Beteiligung und Begeisterung! Was es damit auf sich hat, das haben die Auseinandersetzungen in den Versammlungen der Berliner Reichstagswahlvereine und die Anträge, die zum Parteitage auf Aufhebung der Raiffeiser gestellt worden sind, am besten gezeigt. Man liest durch lügenhafte Berichte die „Genossen“ zu blenden und ihnen einen Großmachtsdünkel einzureden, der sich Andersdenkenden gegenüber dann in der schäufmüßigen Weise Geltung macht. Selbst der Genosse Dr. Frank hat auf dem Parteitage in Chemnitz jetzt vor dem „bischen Größennach“ gemerkt, den die „Genossen“ durch die vielen Liebeswürdigkeiten der ausländischen Freunde bekommen könnten.

Uebrigens muß man auch, wenn man die Parlamentsberichte der sozialdemokratischen Presse liest, glauben, daß nur die Sozialdemokraten in den Parlamenten etwas leisten, tüchtige Kerle sind, während die Vertreter anderer Parteien eigentlich eine ganz untergeordnete Rolle spielen. Das illustriert recht drastisch der frühere Reichstagsabgeordnete D. Raumann in einem Artikel, den er für die „Königsb. Hartungische Sta.“ geschrieben hat. Darin heißt es:

„Wenn es doch möglich wäre, den sozialdemokratischen Klassen einmal ihre eignen Vertreter bei der politischen Arbeit zu zeigen! Die Parlamentsberichte der sozialdemokratischen Blätter sind kampfbast bemüht, etwas von der Legende zu erhalten, daß im Reichstag immer atemlose Spannung herrscht, wenn ein mutiger Mann der ganzen bürgerlichen Gesellschaft die heuchlerische Maske vom Gesicht reißt und mit gewaltigen Beifallschreien die Minister züchtigt. Das ist der Stil des guten alten Liebknecht, der von den Vorkommnissen noch heute verlanzt wird, weil das Volk ihn mit Vergnügen lesen mag. Aber wahr ist das alles nicht. Es gibt bei sozialdemokratischen Rednern soviel und sowenig Aufmerksamkeit wie bei andern auch, je nach Geist und Gabe des einzelnen Redners. Man verfolgt mit Interesse die Rede eines Rednerführers, genießt Franks wohlpräparierte Reden, laßt über Ledebours Rede, freut sich, wenn Debel noch einmal aufsteigt. Das alles geht so natürlich zu und unbedacht sohnt der großen Dramatik, daß am nächsten wie ein Stück des Berichtes des „Vorwärts“ wie ein Stück aus einer anderen Welt aussieht. Es ist die Ueberhebung des Parlamentarischen in die Agitation. Diese Ueberhebung wird ganz bewußt angefertigt. Es ist nur anzunehmen, daß die Väter es schon seit längerer Zeit im Gefühl haben, daß für die der Ton anders eingestrichelt wird. Man kann den Ton nicht vor Gericht stellen, d. h. man kann nicht am einzelnen Fall nachweisen, daß hier das Volk so behandelt werden soll, wie man sonst nur Bräutigamen behandelt, indem man ihnen besondere Ueblichkeiten zurechnet, aber wie die inneren Verhandlungen der Sozialdemokraten unter sich aufmerksam verfolgt, der ist nicht im Zweifel, daß ihnen die Nichtertheit des

sozialdemokratischen Parlamentarismus der Gegenwart vielfacher Sorge ist. Bringt man dazu vier Millionen Wähler auf die Beine, bezahlt man dafür so viele Sekretäre und Versammlungsangelegen, rehet man dazu sich die Lunge aus dem Reibe, damit dann diese 110 Reichstagsgenossen Anträge stellen, die nicht angenommen werden und Neben halten, auf die nichts erfolgt? Früher konnte man sich noch damit trösten, daß die parlamentarische Truppe zu klein sei, um Erfolge zu erringen, jetzt aber hört dieser Kleinheits-trost auf. Jetzt fühlt die Wählerschaft, daß auch eine weitere Vermehrung der Sitze um 30 oder 40 nichts Grundtätliches mehr ändert, solange die Taktik dieselbe bleibt wie bisher. Wozu also wird agitiert?“

Aus dieser Schilderung bekommt man denn doch eine andere Auffassung von dem Auftreten der sozialdemokratischen Redner und der Wirkung ihrer Leistungen. Auch die Kritik, die kürzlich in den „Soz. Monatsheften“ der „Genosse“ Dr. Arons an der preußischen Landtagsfraktion geübt hat, gehört in diesen Rahmen. Es ist viel Blendwerk, das der großen Masse vornehmlich wird. Auf die Tauer aber wird auch sie sich dadurch nicht betören lassen. Man wird greifbare Erfolge sehen wollen und wenn diese trotz aller Großsprecherien ausbleiben werden, dann muß über kurz oder lang die ganze Theaterberühmtheit zusammenbrechen.

Ueberaus bezeichnend ist es übrigens, daß die sozialdemokratische Presse ihren Feiern von den in den „Soz. Monatsheften“ angelegten Betrachtungen feinerlei Mitteilungen macht. Man fürchtet offenbar, der Nimbus der Partei könnte an Glanz einbüßen. Dafür aber leistet sich die „Vielefelder Volkswacht“ eine Kezerei, die ihr von den Parteihöhen sicherlich noch stark angefeindet werden wird. Das genannte sozialdemokratische Blatt wottet über die „Nichts-als-Demonstrationen“, die für eine kleine und ohnmächtige Partei angemessen sein mochten, aber nicht für eine solche mit vier Millionen Wähler. Sodann sagt sie:

„Deshalb konnte aus der Maffeiier nichts werden, weil sie eine bloße Demonstration ist und das Proletariat anderes zu tun hat als zu demonstrieren. Genau so verhält es sich aber auch mit den andern Demonstrationen, als da sind: Verlassien der Sitzungssäle in den Parlamenten bei dem Hoch auf den Landesherren, Ablehnung eines Büttens im Präsidium wegen etwa vernünftigen Vorgesanges, endlich die gewohnheitsmäßige Ablehnung des Budgets. Bei unserm Rachtkampfe stehen denn doch zu viel ernsthafte Interessen der Proletariat in Frage, als daß irgend ein gewissenhafter Sozialdemokrat verantworten könnte, irgend einer Position darin verlustig zu gehen zugunsten einer schönen oder vielleicht nicht einmal schönen Demonstration. Was ja sein, daß manchen Genossen dieser alte Hausrat ans Herz gewachsen ist; aber solche Gefühlsdusele können hier nicht in Betracht kommen. Die Sozialdemokratie muß die Taktik wählen, bei der ihre ganze gewaltige Energie ungeschmälert zur Geltung kommt, und zu diesem Zweck muß sie mit der alten Demonstrationspolitik brechen!“

Was werden Staatsstn die blutige Rola und die „Leuz. Volksstg.“ zu diesem Seitenwurm sagen?

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Einem Bergmann S. gewährte die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft für eine beim Sprengen verursachte Erblindung auf beiden Augen eine Hilflosenrente von 80 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes. Der Arbeiter glaubte damit nicht genügend entschädigt zu sein. Er legte Verurung ein und verlangte die volle Hilflosenrente, weil außer der Erblindung eine Herabsetzung der Hörfähigkeit um die Hälfte vorliege. Das Schiedsgericht war der Meinung, daß dieser Umstand bei der Rentenbemessung berücksichtigt werden müsse, und bewilligte deshalb dem Verletzten die Hilflosenrente in Höhe von 90 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß die Schwerhörigkeit bei der Erblindung wesentlich störender wirke, als wenn das Sehvermögen erhalten wäre. Bei seiner Erblindung sei S. auf ein gutes Hörvermögen besonders angewiesen. Da dieses durch den Unfall aber auch herabgesetzt sei, werde dadurch die Hilflosigkeit erhöht.

Beide Parteien legten gegen dieses Urteil Rekurs ein. Der Arbeiter verlangte die volle Hilflosenrente, während die Versicherungsgesellschaft bestritt, daß die Hilflosigkeit durch die Hörförung erhöht würde. Eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit komme beim Kläger nicht in Betracht, da er schon mehr als die Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit beziehe. Er brauche auch nicht mehr Pflege als ein Minder, der nicht schwerhörig ist. Deshalb sei es auch nicht erichtlich, welchen besonderen Gefahren er durch die Schwerhörigkeit ausgesetzt sein sollte. Das Reichsversicherungsamt wies beide Rekurse zurück, indem es sich völlig die Entscheidung des Schiedsgerichts zu eigen machte. In der Tat werde die durch die völlige Erblindung ein-

getretene Hilfsbedürftigkeit des Klägers im wesentlichen Maße durch seine Schwerhörigkeit erhöht, weshalb auch eine Erhöhung der für die Hilfsbedürftigkeit eines Blinden sonst angemessenen Entschädigung von 80 Proz. um noch 10 Prozent gerechtfertigt ist. Eine weitere Erhöhung der Hilflosenrente könne nach dem ärztlichen Befunde jedoch nicht zugebilligt werden.

Geschenkklame. Das Zugabeunwesen ist stets und an allen Orten ein Unfug. Unreell sind immer die mit dem Geschenkegeben verbundenen Absichten. Von dieser einfachen Wahrheit ist auch das Gesetz getragen, das am 8. Juli 1912 in Dänemark veröffentlicht wurde und die Zugabe kurzerhand verbietet. Das Verbotlassen von Geschenken beim Verkauf von Waren stellt das Gesetz unter Strafe. Es hat den Anschein, als ob die deutschen Käufer und Käuferinnen sich noch immer dem Glauben hingeben, als würde ihnen bei der Zugabe zum Einkaufe wirklich etwas geschenkt. Zwar hat schon eine große Anzahl von Händlerorganisationen und vor allen Dingen auch die deutschen Konsumvereine das übrige zur Aufklärung der Konsumenten getan. Schon oft wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei den Zugaben um ein Randver handelt, berechnet, diejenigen hinteres Licht zu führen, die unfähig sind, das einfache Rechenereispiel zu lösen. Trotzdem leben wir immer noch das Zugabeunwesen in Blüte stehen. Es ist doch unüberdenklich zu erkennen, daß niemand etwas verstehen kann, einer Leistung stets eine Gegenleistung gegenüberstellen muß. Bekommt der Käufer eine Zugabe, so soll sich diese Zugabe in irgendeiner Art bezahlt machen. Nichts einfacher für den Händler, als die Kosten für die Zugabe in den Preis der Ware hineinzufalkulieren. Ein anderes Mittel steht ihm seltlich auch nicht zur Verfügung. Stets ist es der Käufer, wenn er sich durch die Geschenkklame anlocken läßt, der selbst den Preis für das Geschenk bezahlt. Würden die Käufer und Käuferinnen, die sich gern etwas schenken lassen, einmal etwas genauer zusehen, zu welchen Artikeln Geschenke gegeben werden, so würden sie leicht erkennen, daß es sich stets um solche Waren handelt, deren Qualität und damit deren Wert für den Käufer schwer festzustellen ist. Ein Händler kann sehr leicht ein Pfund Zucker verkaufen, wenn er ein Pfund Margarine zu 1 Mk. verkauft, deren Wert nur 70 Pfg. beträgt. Die Hausfrau ist meistens nicht in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob die Margarine 1 Pf. oder 70 Pfg. wert ist. Oftmals besteht aber auch die Zugabe noch aus solchen Artikeln, wie Kakao und Schokolade, deren Wert ebenfalls nicht leicht vom Käufer bestimmt werden kann.

Keeller Warenhandel und Zugabewesen sind Dinge, die sich schlechterdings nicht miteinander vereinbaren lassen. Deshalb werden auf ihren wirtschaftlichen Vorteil bedachte Käufer niemals dort ihre Waren kaufen, wo man sie mit zweifelhaften Geschenken anlockt. Deshalb sind auch Zugaben dort verpönt, wo sich in den Konsumvereinen die Konsumkraft organisierte.

Die akademischen Unterrichtsstufe für Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen am 31. Oktober d. J. ihren Anfang. Gegenstand des Unterrichts sind Deutsch, Schreiben, Rechnen, Algebra, Geometrie, Erdkunde, Chemie und Stenographie. Der Unterricht, der von Studierenden erteilt wird, ist unentgeltlich, abgesehen von einer Gebühr von 50 Pfg. für den Besuch jedes Kurstus, sowie 25—30 Pfg. für Lehrmittel. Die Unterrichtszeit liegt in den Abendstunden von 8—10 Uhr. Nähere Auskunft über Anmeldungen, Unterrichtslokal usw. erteilen Flugblätter, die unentgeltlich bei Herrn E. f. fert, S. D., Kottbuser Ufer 17, zu erhalten sind.

Bildungsgelegenheiten werden den Berliner Gewerkschaftenmitgliedern auch in diesem Winter wieder in reicher Fülle geboten. Die Humboldt-Akademie hat soeben ihr Programm für das 4. Lehrvierteljahr veröffentlicht, das 260 Vorträge enthält. Die Vorlesungen umfassen wie früher die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Neu hinzuzutreten sind u. a. Vorlesungen über Landwirtschaft, Tierarzneikunde, Biologie, Geologie und Völkereunde. Besonders aufmerksam machen wir unsere Mitglieder auf die Vorträge von „Die soziale Frage im Lichte der Philosophie“ (Prof. Dr. Ludwig Stein); „Ehe und Familie“ (Dr. Felix Borchardt); „Rede, Debatte- und Stilübungen“ (Dr. E. Schaner); „Der Staat und die sozialen Klassen“; und „Die Organisation der sozialen Interessen im Deutschen Reich“ (Karl Sobich); „Einführung in die

praktische Sozialpolitik" (Prof. Schoel); "Völkerverdunst" (Dr. Eichhorn); "Deutschlands Bodenschätze und ihre Gewinnung" — ein Bild des deutschen Bergbaus (Dr. v. Wichdorff); "Deutschlands Seeinteressen in Vergangenheit und Gegenwart", und "Das moderne Schiff — ein Spiegelbild unserer Kultur" (Georg Schulze-Bahlke).

Das Lehrvierteljahr beginnt am Mittwoch, den 9. Oktober. Ueber alles nähere geben die Vorlesungsverzeichnisse Auskunft, die ebenso wie die Hörsarten im Hauptbureau der Humboldtakademie, Kurfürstenstraße 166, in unserm Verbandsbureau, Greifswalderstraße 221/23, sowie in zahlreichen Buchhandlungen in allen Stadtteilen erhältlich sind. Die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften erhalten Hörsarten zu wesentlich ermäßigten Preisen.

Das Programm der Freien Hochschule zu Berlin enthält 127 Vortragsreihen. Auch in diesem Jahre sind neue Lehrkräfte mit neuen Themen hinzugekommen. Die Vorlesungen werden wieder alle Wissensgebiete umfassen: Kunst- und Kunstgeschichte, Musik- und Musikgeschichte, Literatur und Sprachen, Weltanschauung, Religionsgeschichte, Urgeschichte, Entdeckungsgeschichte, Entwicklungslehre, Geologie, Technik, Physik, Chemie, Medizin, Hygiene, Ethik, Recht, Volkswirtschaft, Staatswissenschaft, Bürgerkunde, Handelskunde usw. Reich sind auch die Kurse zur Erlernung fremder Sprachen: Französisch, Englisch, Russisch, Spanisch, Italienisch und Lateinisch sind mit mehreren Jähren vertreten. Ferner sind Diskussionsübungen über Tagesfragen und Übungen in der Kunst des Vortrages vorgesehen. Eine Anzahl Vorlesungen wird durch Lichtbilder und Demonstrationen erläutert werden. Führungen durch die Museen, industrielle Anlagen und geologisch wichtige Stellen der Umgebung Berlins werden die Vorlesungen ergänzen. Die Programme werden schon jetzt kostenlos in sämtlichen öffentlichen Bibliotheken und Leihhallen und in sämtlichen Filialen von Voerster u. Wolf, ferner aber auch in unserm Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23, abgegeben. Hier erhalten unsere Mitglieder auch Hörsarten zu einem um 25 Proz. ermäßigten Preise, also für 3 Mk. anstatt zu 4 Mk.

Endlich hat auch der Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern die erste Reihe volkstümlicher Kurse, die in die Monate Oktober bis Dezember fällt, bekannt gegeben. Jeder einzelne Kurs umfaßt in der Regel 6 Vorträge von 1 1/2stündiger Dauer. Die Vorträge beginnen abends 8 1/2 Uhr. Die Themata sind entnommen den Gebieten der Physik, der Chemie, der Philosophie, der Technik, der Physik, der Hygiene und Medizin, der Geschichte, der Geologie, der Sozialpolitik usw. Näheres ist zu erfahren aus den Programmen, die ebenfalls von unserm Verbandsbureau zu beziehen sind. Dasselbst gibt es auch Eintrittskarten

zum ermäßigten Preise von 60 Pfg. für den Kurkurs. Die in den Großstädten wohnenden Kollegen haben, was die Bildungsmöglichkeit anbetrifft, einen großen Vorteil vor den übrigen Kollegen. Hoffentlich wissen sie dies zu schätzen und machen von den ihnen gebotenen Gelegenheiten recht ausgiebigen Gebrauch!

Der Zentralverein für Arbeiterinnen-Interessen in Berlin veranstaltet im November im Deutschen Frauenklub, Kurfürstenstr. 88, einen Vortragszyklus über Arbeiterorganisation und Arbeiterversicherung. Zweck der Veranstaltung ist, allen, die bereits in sozialer Arbeit stehen, die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterorganisation in Deutschland durch sachverständige Darlegung ihrer beruflichen Vertreter vorzuführen und sie in das schwierige Problem des Versicherungswesens, das durch die Reform der Arbeiterversicherung noch an Bedeutung gewonnen hat, eindringen zu lassen. Der Zyklus ist also als Einführung in die zwei wichtigsten Gebiete der Arbeiterfrage gedacht und soll dazu beitragen, das Verständnis für die Interessen der Arbeiterin und ihre Bedeutung im öffentlichen Leben zu vertiefen. Diesen Zwecken entsprechend ist auch die Auswahl der Vortragenden getroffen worden. Zuerst, nämlich am 4. November, wird unser Verbandskollege Gustav Hartmann über die Deutschen Gewerkschaften (S. D.) sprechen, dann am 6. November der sozialdemokratische Stadtverordnete Sassenbach über freie Gewerkschaften und am 11. November Reichstagsabgeordneter Giesberts über die christlichen Gewerkschaften. Am 13. November werden Fräulein Behm, Fr. v. Feldmann und Fr. v. Schalkha über Vorträge über Arbeiterinnenorganisationen halten, und am 18. und 25. November Fr. Dr. Bernhard über Arbeiterversicherung. Inklusivkosten zu allen 6 Vorträgen zu 4 Mk. für Mitglieder zu 3 Mk., und Einzelkarten zu 1 Mk. sind zu haben bei Fr. Margarete Friedenthal, W. 35, Derflingerstr. 17.

Verbands-Zeile

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (S. D.), Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221-23. Die Sitzung am 25. September fällt aus, dafür Besuch d. Reichstagsversammlung, abends 8 1/2 Uhr. Erscheinen notwendig. — Gewerkschaftsleiterkongress (S. D.), jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Leubungsstunde d. Verbandsbureau d. Deutschen Gewerkschaften (Königsplatz). Gäste willk. — Berlin Bildhaus, Montag, 23. September, abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Preis, Dresdenstr. 10.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Burdops Gesellschaftshaus, Reitenstr.; jeden 1. und 8. Donnerstag im

Monat Diskussionsklub ebenso, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandamerstr. 42. — Dessau. Gewerkschaftsleiterkongress jeden Mittwoch, abends 8 1/2-11 Uhr Leubungsst. L. Biederst. Jalen, Marktstr. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends von 9-11 Uhr Sitzung l. Verbandsbureau, Kurfürstenstr. 29. — Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenländer, Eberfeld, Kurfürst. und Erholungstr. Ede. — Frankfurt a. O. (Gewerkschaftsleiterkongress). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Leubungsstunde im Vereinslokal, Kurfürst. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverband-Vertreterversammlung im Vereinslokal von E. Simon, Alter Markt. — Gießen b. Kassel. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend bei Ludewig. — Halle a. S. (Ortsverband). Der Diskussionsabend findet jeden letzten Sonnabend im Monat im Passage-Restaurant, in der Großen Brauhausstraße, statt. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant "Biehhof", Lagerstraße 2. Diskussionsabend. — Hamburg (Gewerkschaftsleiterkongress). Jeden Donnerstag Leubungsst. b. Höhnert in Altona, Eimsbüttelstr. 40-50. — Hannover-Königsberg und Hagen (Ortsverband). Monatsversammlung der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmetz. — Herne in Westf. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Witwe Wih. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — Leipzig (Gewerkschaftsleiterkongress). Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmelgehörige Mitglieder sind herzlich willkommen. — München (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — Oettingen (Sängerchor d. Gewerkschaften). Die Leubungsstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmgabebare Kollegen herzlich willkommen. — Regensburg (Diskussionsklub für Regensburg, Poststraße 10, Reintendenz). Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Römer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — Thurn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Rösel, Bauerstr. 62. — Weichenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkschaften). Leubungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Schwielgerhaus", Schützenstraße. Gesangslebende Gewerkschaftsmitglieder sind willkommen. — Weichenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsklub in Hermanns Garten. — Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal "Reintal".

Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Sprottau i. Schl. (Ortsv. d. Fabrik- u. Handarb.). Wilhelm Schultze, Schriftführer, Reiterstr. 30 II. Leipzig (Ortsverb.). Fr. Rißsche, Kassierer, E. Stötter, Lichtstr. 27.

Briefkasten.

Nach Danzig und Oberhausen. Der Raum des Gewerkschaftsleiterkongresses ist nicht, alle Berichte und Resolutionen, die die Reichstagsversammlung betreffen, zu veröffentlichen. Wir müssen uns darauf beschränken, wie bereits in Nr. 75 angekündigt, lediglich die Orte aufzuführen. Das ist bereits geschehen oder wird geschehen.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkschaften
Gross-Berlin
Sonntag, d. 22. September 1912, abds. 8 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)
Unterhaltungsabend
bestehend in deklamatorischen, musikalischen und Gesangs-Vorträgen.
Im Anschlusse hieran gemütliches Beisammensitzen und Tanz
Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben.
Programm unentgeltlich an der Kontrolle.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstützung 75 Pfg. bei H. Zimmermann, Truppenstraße 17.
Weimaran (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Vergütung. Kartenausgabe beim Kol. R. K. a. m., Glogauerstr. 18.

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Seitenfänger, Gangebrüde 61, gezahlt.
Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten beim Gewerkschaftsleiterkongress beim Gewerkschaftsleiterkongress, Glogauerstr. 18, 30 Pf.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkschaften
Groß-Berlin.
Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Verbandsbureau Greifswalder Straße 221-23
Gr. öffentliche Versammlung
Tagesordnung:
Die gegenwärtige Teuerung!
Ursache — Wirkung — Abhilfe
Referent Kollege M. Schumacher.
In Anbetracht des hochwichtigen zeitgemäßen Themas ist ein Rajfenbesuch der Kollegen und deren Frauen unbedingt erforderlich.
J. A.: Ed. Jordan.

Bittau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten Karten für Nachtquartier bei allen Ortsvereinskassierern. Die Kollegen, die den Ort gleich wieder verlassen, erhalten beim Ortsverbandsvorstandes Kollege H. K. a. m., Glogauerstr. 18, ein Orts-Geschenk von 75 Pfg.
Jauer (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Orts-Geschenk bei Kol. Robert, Glogauerstr. 18.

Hannover i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer H. Walter, Klegnerstraße 44. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.
Einsiedel i. Ergeb. (Ortsverb.). Unterstützung über Karten zur Fahrt zur Heimat für durchreisende arbeitslose Kollegen bei Kol. G. a. m., Glogauerstr. 18, 30 Pf.

Friedrich Raumann.
Neu-deutsche
Wirtschaftspolitik
3. überarbeitete Auflage.
Fortschritt (Buchverlag der "Hilfe"), S. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.
Das anschaulich und feststehend geschriebene Buch behandelt in den 3 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftswelt. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Güteraustausch. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben. Das Buch ist in dauerhaftem Bindenband für Gewerkschaftsmitglieder zum Vorzugspreise von 3 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einbringung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.

Leipzig (Ortsverband). Berechtigungen für durchreisende Gewerkschaftsmitglieder beim Ortsverbandskassierer Dito G. a. m., Glogauerstr. 18, 30 Pf. Berechtigungen für durchreisende Kollegen beim Ortsverbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.